AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ — 13. September 2022

Antikriegstag 2022: Wir dokumentieren die Rede eines IGM-Mitglieds 3
Bundesregierung: Zur Friedenspolitik der rot-grün-gelben Regierung 4
Verdi: „Demokratie ernst nehmen und stärken" – Petition zur Unterstützung von Orhan Akman, Bundesfachgruppenleiter 5
Ukraine: Sanktionen als Bumerang – der Wirtschaftskrieg gegen Russland schädigt die Werktätigen..... 7

Foto: Martin Heinlein/Die Linke

Für Frieden, Brot und Heizung!

Schluss mit ihrer „Zeitenwende"– gemeinsam gegen die Angriffe von Regierung und Kapital!

Während die Regierung uns mit Sparvorschlägen auf harte Zeiten einstellt und gleichzeitig vollmundig erklärt, allen Bürgern zur Seite zu stehen, „damit wir gut über den Winter kommen", werden abseits der Schlagzeilen Maßnahmen diskutiert oder durchgeführt, die zeigen, dass es nicht bei einem harten Winter bleiben wird.

Lesen Sie bitte den Artikel auf Seite 5

Tarifrunde M+E-Industrie

8 Prozent mehr und keinen Cent weniger! Laufzeit 12 Monate und keinen Tag mehr!

„8 Prozent mehr!" – so ist die Titelseite der neuen Ausgabe der Metall aufgemacht.

8 Prozent mehr Lohn, das ist der Beschluss von sieben Tarifkommissionen. Dazu gehört auch eine Laufzeit von 12 Monaten, zusammen mit der Lohnforderung, so beschlossen am 11. Juli 2022. Doch der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann meinte schon am 12. Juli 2022 im *ZDF-Morgenmagazin*, der Tarifabschluss müsse zwei (!) Jahre abdecken, 2022 und 2023. „Wenn wir 8 Prozent für diese zwei Jahre fordern, dann heißt es, dass wir die Industrie belasten werden, mit einer jährlichen Belastung von ca. 4 Prozent. Das kann sie tragen."

Damit nicht genug, dass er den Laufzeitbeschluss vom Vortag einfach aufhebt und so den Tarifkommissionen in den Rücken fällt. Am 15. September 2022 tagt wieder die konzertierte Aktion, wie sie Scholz vorgeschlagen hat, mit dem Ziel, die Löhne zu drücken. Kapital, Regierung, Gewerkschaft an einem Tisch. Vorauseilend zu diesem

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ➡

Foto: Oliver Schaper

Fortsetzung von Seite 1

8 Prozent mehr und keinen Cent weniger! Laufzeit 12 Monate und keinen Tag mehr!

Treffen wird in der Metall auf ganzen zwei Seiten ein Gasstopp beschworen, mit dem Putin angeblich droht. Darum „hat sich die IG Metall in allen Tarifkommissionen verabredet, die Situation noch mal zu bewerten.“ (Zitiert nach Metall)

Bereits im erwähnten *ZDF-Morgenmagazin* sagte Hoffmann: „Schauen wir mal, wie wir im Herbst dastehen. Wir haben gesagt, wir werden im September noch mal draufschauen, wie sich die Gesamtlage verändert hat. Haben wir ein anderes Szenario im Bereich der Gasversorgung, ja oder nein, werden wir die Anlage der Tarifrunde wieder neu denken müssen.“ Da droht ein Zurückrudern von der Forderung nach 8 Prozent. Das dürft ihr dem Vorstand nicht durchgehen lassen! Die Tarifkommissionen und die Belegschaften, die sie gewählt haben, müssen die 8 Prozent gegen alle Gashahn-Argumente verteidigen!

Minister Habeck befürchtet wegen der drohenden Verarmung soziale Unruhen, Baerbock sogar „Aufstände.“ Können sie haben, aber eins nach dem anderen.

Die Linkspartei will zu Demos mit Topfdeckelschlagen aufrufen. Gut. Aber was ist Schlimmeres vorstellbar für die Kapitalisten als Stillstand der Maschinen, Profiteinbußen über Tage hinweg – bis die 8 Prozent im Tarifvertrag stehen!

Kollegen, ob ihr wollt oder nicht, jetzt steht ihr als Metaller vorne, auch wenn das bestimmte Mitglieder des IGM-Vorstands nicht wahrhaben wollen. Wenn die schon glauben, in der Konzertierten Aktion sitzen zu müssen, dann sollten sie die Zahlen von zahlreichen Warnstreiks auf ihrem Sprechzettel haben! Was sie derzeit auf dem Zettel für die Scholz-Runde haben, ist Deckelung der Energiepreise und Abschöpfen der Krisengewinne. Das alles ist ja auch Forderung der gleichlautenden Kampagne der IG Metall, von der bisher nicht viel in den Betrieben ankam. Auch das wird nicht ohne Kampf gehen. Dafür ist die Tarifrunde ein guter Auftakt.

Der Lohnkampf der Metaller kann ein Zeichen setzen für den Widerstand gegen Sozialabbau, gegen die Kriegswirtschaft. Die Gewerkschaften sind die einzige organisierte Kraft, die Regierung und Kapital entgegentreten können!

Die Vertrauensleute müssen jetzt Warnstreiks, 24-Stunden-Streiks, Urabstimmung vorbereiten. Am 28. Oktober endet die Friedenspflicht – dann geht´s los!

- Für 8 Prozent und kein Cent weniger
- 12 Monate Laufzeit und kein Tag mehr
- Gegen die Bezahlung der Energiekrise durch die Arbeiter
- Gegen die Abwälzung der Kriegskosten auf die Arbeiter
- Gegen den Irrsinn der Aufrüstung!

■ *krn*

Die 8 Prozent decken nicht einmal die Inflation. **Vier Jahre gab es keine tabellenwirksame Erhöhung.** In großen Autobetrieben wurden zweistellige Forderungen erhoben, z..B. bei Mercedes-Benz 11 Prozent oder Porsche 10,5 Prozent. Ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender eines Stuttgarter Metallbetriebs schrieb deshalb als Reaktion auf die 8-Prozent-Forderung einen erbosten Brief an den IGM-Vorstand: „Seid ihr schon so abgehoben von der Lebenswirklichkeit unserer (auch eurer) KollegInnen oder seid ihr selbst zu Bütteln der Arbeitgeberseite und Politikerblase geworden, die mit diesen gemeinsam weitere Opfer und Verarmung verordnen und steuern? Willi Bleicher würde sich im Grabe umdrehen, wüsste er, was aus euch geworden ist.“
Zu Willi Bleicher (1907-1981): Gewerkschafter und Widerstandskämpfer gegen die Nazis, 1938 KZ. 1959 Bezirksleiter IG Metall Stuttgart, Streikleiter 1963 und 1971.

Seit 2018 sind die Tabellenlöhne der Festangestellten bei BMW um null Prozent gestiegen. Dagegen betrug der Überschuss der **BMW-Group** 2018 über 7 Milliarden Euro und stieg bis 2021 auf fast 12,5 Mrd. Euro. Das sind 80 Prozent. Die Dividende pro Aktie stieg in der gleichen Zeit von 3,50 Euro auf 6,50 Euro. Steigerung 65 Prozent.
Sehr bescheiden ist verglichen damit die Lohnforderung der IG Metall von 8 Prozent! Der Boss von Gesamtmetall und damit Sprecher der M+E-Kapitalisten, Rainer Dulger, fordert gar eine Nullrunde: „Die Forderung fällt völlig aus der Zeit und zeugt von einer gewissen Weltfremdheit.“

Hallo Kolleginnen und Kollegen,

ja, ich meine Euch, die Arbeiter und Angestellten, die Belegschaften. Was ist los mit Euch, redet Ihr in den Betrieben nicht darüber, was jetzt bereits seit Wochen in der BRD passiert?
Reicht Euch das noch nicht, um unruhig zu werden und sich aus den Betrieben auf die Straße zu bewegen? Gerade wird uns, Euch allen, das Fell gleich dreimal oder noch öfter mit einer Inflationsrate von 8 Prozent, Sprit-, Gas-, Strom- und Mietpreisen und zig anderen Preiserhöhungen über die Ohren gezogen. Nicht von Putin, wie uns das untergejubelt wird, sondern mit und durch die Sanktions-, Waffenlieferungs- und Kriegspolitik der Ampel-Regierung. Angeführt von SPD-Kanzler-Scholz über die grün-gelben Minister-Figuren Habeck, Lindner und ihrem sonstigen Gefolge aus dem Lager von Regierung und Kapital. Und das nur nebenbei, deren Existenz wir durch unsere Arbeit mit fetten Gehältern (Diäten) und Renten sichern.
In der Bude – nach Hunderten Rausschmissen noch rd. 650 Leute –, wo ich bis zuletzt im Betriebsrat war, haben wir immer in und mit der Belegschaft diskutiert, was die sogenannte „Politik" mit uns macht. Hierbei hieß es bei uns oft ‚Hebel runter, Kapital und Regierung verstehen nur eine Sprache'. Wenn Arbeiter und Angestellte ihnen gemeinsam die Brocken vor die Füße schmeißen und wie z. B. bei Warnstreiks auf Schildern auch mal feststellen: Ohne uns läuft hier gar nichts!
Bei dem, was zurzeit hier im Lande abgeht, müssen wir dabei nicht über „Friedenspflicht" reden. Das ist mit Gashahn zudrehen, Licht ausschalten und allem anderen ein hausgemachter Krieg gegen unsere Interessen und Lebensbedingungen als Lohnabhängige. Dieser Angriff erfordert keine Zustimmung, wie von unserer Gewerkschaftsführung vertreten, sondern als Solidarität mit uns selbst (und international) eine gebührende Antwort aus den Betrieben und Gewerkschaften. Abgesehen von papierenem Protest – Unterschriften sammeln – sind Warnstreiks dabei das Mindeste. Und das nicht nur als notwendige Übung für die anstehende Tarifrunde und die ersten Verhandlungen in der Metall- und Elektro-Industrie.
Glück Auf!

Ludwig Jost,
ehemaliger Betriebsratsvorsitzender in einem Metallbetrieb

Foto: DKP Regensburg

Antikriegstag 2022

Wir dokumentieren hier die Rede eines Mitglieds der IG Metall aus Regensburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Am 1. August 1914 begann Deutschland den ersten Weltkrieg. Am 1. September 1939 überfiel Nazi-Deutschland Polen. Dies war der Beginn des zweiten Weltkriegs.
Am 8. Mai 1945 befreiten die Alliierten Deutschland von der Tyrannei des Hitlerfaschismus. Große Teile Europas waren verwüstet und fast 60 Millionen tot, davon allein 6 Millionen Polen und 27 Millionen Sowjetbürger. Das war die traurige Bilanz der Hitlerfaschisten und ihrer Unterstützer. Es war vor allem die Sowjetunion, die den Sieg über den deutschen Faschismus herbeiführte und dafür die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte.
Nach der Einverleibung der DDR versicherte der damalige Kanzler Kohl der misstrauischen Welt: Von diesem nun größeren Deutschland werde nur Frieden ausgehen. Bereits 1999 startete die Bundeswehr mit anderen Nato-Truppen den völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien. Überall dort, wo die Nato völkerrechtswidrig Frieden und Demokratie herbei gebombt hat wie im Irak, Libyen und Afghanistan oder wie in der Ukraine den Regime Change organisiert hat, herrscht heute das blanke Chaos.
Heute wird uns schmackhaft gemacht, daß die BRD für Rüstung 85 Milliarden Euro im Jahr ausgeben muss. Dies ist eine Steigerung von 25 Milliarden jährlich. Um diese für die nächsten 4 Jahre zu finanzieren, wurde mit der Änderung des Grundgesetzes 100 Milliarden Euro Sondervermögen für das deutsche Militär locker gemacht. Dies natürlich auf Pump.
Am 24. Februar dieses Jahres hat Russland die Ukraine angegriffen, Dass nun Krieg zwischen Russland und der Ukraine herrscht,

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4 ➡

➡ *Fortsetzung von Seite 3*

wird keiner der hier Anwesenden gutheißen. Aber auch dieser Krieg hat eine Vorgeschichte. Anfang der 90 Jahre wurde Russland versprochen, dass sich die Nato nicht auf die Warschauer Vertragsstaaten ausdehnt. 9 Jahre später interessierte sie ihr Versprechen nicht mehr. 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn in die Nato aufgenommen. Weitere 5 Jahre später folgten die baltischen Staaten, sowie Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei. Und schon hat das Kriegsbündnis Nato die russische Grenze erreicht.
2014 gab es in der Ukraine einen von der westlichen Wertegemeinschaft unterstützten Putsch gegen den damals demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch. Ein knappes Jahr später wären eh Präsidentschaftswahlen angestanden und das ukrainische Volk hätte den alten Präsidenten abwählen und durch einen anderen ersetzen können. Hauptakteure dieses Maidanaufstandes waren vor allem der Rechte Sektor, die den Faschisten, Hitlerkumpanen und Kriegsverbrecher Stephan Bandera verehren.
Als Folge des Maidan-Putsches spaltete sich die Krim ab. Es gab massive Proteste, vor allem in den Gebieten der Ukraine, in der die Mehrheit russisch spricht. Es ist in der „demokratischen" Ukraine verboten, eine andere Sprache außer ukrainisch zu sprechen. Man muss wissen, fast die Hälfte der Bevölkerung ist russischer Abstammung. Im Donbass bildeten sich Volksrepubliken, die sich von der Ukraine unabhängig erklärten. Um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen, trafen sich Vertreter aus Frankreich, Russland, der Ukraine und Deutschland, um einen Kompromiss zu finden. Dabei wurde das Minsker Abkommen geschlossen, das später von der UNO ratifiziert wurde und somit Völkerrechtsstatus hat. Wie wir heute wissen, hatte die Ukraine von Anfang an kein Interesse, ihren Teil des Abkommens umzusetzen und sie wird dabei von Teilen der westlichen Wertegemeinschaft unterstützt.
Einige Monate vor dem russischen Angriff forderte Russlands Präsident Putin die Nato zu Verhandlungen über russische Sicherheitsgarantien auf, die von dieser brüsk zurückgewiesen wurden.
Wer nun glaubte, dass die Nato nach dem 24. Februar deeskalierend auf die beiden Kriegsparteien einwirkt, musste sich eines Besseren belehren lassen.
Statt zum sofortigen Waffenstillstand aufzufordern, hat der Westen Russland mit drastischen Sanktionen belegt und die Ukraine fleißig mit Waffen versorgt. Jeder weiß, daß dies noch mehr unschuldige Menschenleben in der Ukraine kostet.
Der ukrainische Präsident Selenskyj wäre bereit gewesen, auch über eine neutrale Ukraine mit Sicherheitsgarantien zu verhandeln. Ich denke diese Chance wurde von der westlichen „Wertegemeinschaft" bewusst verpasst. Schlimmer noch, jetzt wird vom Westen darauf gesetzt, dass mit massiven Waffenlieferungen an die Ukraine, diese irgendwann mal in der Lage sein wird, Russland zu besiegen. Das bedeutet die Verlängerung des Krieges.
Die Leidtragenden sind die Menschen in der Ukraine, die mit ihrem Leben und kaputten Städten und Dörfern bezahlen. Aber auch die einfachen Soldaten auf beiden Seiten.
Mit den Sanktionen gegen Russland hat sich wohl die Bundesregierung in eigene Knie geschossen. Die Bundesregierung schadet überwiegend den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land.
Wie immer haben wir dies durch stark steigende Preise, insbesondere für Energie, zu bezahlen. Besonders hart trifft es diejenigen, die kaum über die Runden kommen.
Scholz, Baerbock, Habeck, Lindner und Co. haben bestimmt keine Probleme mit den stark gestiegenen Preisen.
Die Aufnahme Finnlands, das eine lange Grenze zu Russland hat, und Schwedens (in die Nato, die Redaktion) trägt auch nicht gerade zur Deeskalation bei.
Egal welche Argumente die Regierenden und ihre Auftraggeber auch immer benutzten, ihr Ziel ist immer das Gleiche.
Nämlich: Die Unterdrückung anderer Länder – die Sicherung von Rohstoffen weltweit – der Verkauf von Waffen weltweit und alles dient zur Sicherung der Maximalprofite der deutschen Banken und Konzerne.
1957 rief der Deutsche Gewerkschaftsbund auf Antrag der IG Metall den 1.September zum jährlichen Gedenktag gegen Krieg und Faschismus aus.
Unsere Forderungen können nur lauten:

- Waffenstillstand jetzt! Diplomatie statt Kriegshetze!
- Keine 100 Milliarden für den Krieg! Stoppt die Hochrüstung!
- Geld für Arbeit und Soziales, Bildung und Klima statt fürs Militär!
- Keine weiteren Angriffe des Nato-Staates Türkei auf Syrien!
- Hände weg von China!

Danke für Eure Aufmerksamkeit.

Friedenspolitik der Bundesregierung 2021 hat sie für 9,35 Milliarden Euro Rüstungsexporte – so viel wie noch nie – genehmigt (2020: 5,82 Mrd. Euro). Nach Listung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI steht die BRD hierbei konstant an fünfter Stelle der größten Rüstungsexporteure in der Welt. Entgegen den Exportbestimmungen werden dabei Waffen an kriegführende Staaten geliefert. Die Kriegs-Solidarität mit der Ukraine besteht hierbei zur Zeit aus von der Rüstungsindustrie gelieferten: „15 *Gepard*-Flakpanzer, 54 *M113*-Truppentransporter mit Bewaffnung, 53.000 Schuss Flakpanzermunition, 3.000 Patronen für die *Panzerfaust 3*, 14.900 Panzerabwehrminen, 500 Fliegerabwehrraketen vom Typ *Stinger*, 2.700 Fliegerfäuste *Strela*, zehn Panzerhaubitzen 2000 inklusive Anpassung, Ausbildung und Ersatzteilen sowie 21,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition, 100 Maschinengewehre *MG3*, 100.000 Handgranaten und vieles mehr im Gesamtwert von rund 648 Millionen Euro". (junge Welt, 31. August 2022)
Das ist die offizielle Auskunft der Bundesregierung. Bezahlt wird, wie der Ukraine-Regierung versprochen, aus der Staatskasse – von den Steuergeldern aus den Knochen der Malocher, der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten.

Porschefahrer unter sich So klar haben sich selten die kurzen Wege des Monopolkapitals zu den Regierenden gezeigt. Olaf Blume, der Vorstandsvorsitzende von Porsche, hatte Einfluss genommen auf die Koalitionsverhandlungen, als es um das Verbrennerverbot in der EU ab 2035 ging. Beim Porscheliebhaber Lindner (FDP) konnte er erreichen, dass es da Ausnahmen gibt. In den Koalitionsvertrag wurde daraufhin hineingeschrieben, dass Motoren, die mit synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) betrieben werden, von den EU-Bestimmungen nicht betroffen sind. Denn Porsches müssen röhren, auch wenn der Liter E-Fuel nach aktuellen Berechnungen (von Porsche) 10 Euro kostet. Außerdem steht der Börsengang von Porsche an.

Blume hatte auf einer Betriebsversammlung im Juni bei Porsche damit geprahlt, dass er „sehr großen Anteil" daran hatte und Lindner ihn „fast stündlich auf dem Laufenden" hielt. So war der Porschechef besser informiert über die Koalitionsverhandlungen als die Bevölkerung.
Blume ist mittlerweile VW-Boss, nachdem Diess verjagt wurde. Lindner fährt zur Hochzeit mit Porsche vor und verhöhnt die Arbeitenden wegen ihrer „Gratismentalität". ■*krn*

„Demokratie ernst nehmen und stärken“

Verdi überzieht Bundesfachgruppenleiter für den Handel, Orhan Akman, mit Kündigungen.

Hier kann die Petition unterschrieben werden:
https://www.change.org/p/demokratie-bei-ver-di-handel-ernst-nehmen-und-st%C3%A4rken

So kennen die Kolleginnen und Kollegen des Handels ihren Bundesfachgruppenleiter Orhan Akman: Laut, kämpferisch, unbequem und fordernd. Er gilt als harter Verhandler, lässt im Sinne der Beschäftigten nicht locker gegenüber Konzernen wie Amazon, H&M, Ikea, Rewe, Primark, Zalando oder Kaufland/Lidl. Nicht nur gegenüber den Kapitalisten! Er kritisiert auch Strukturen und Entwicklungen in seiner Gewerkschaft. Er will Verantwortung übernehmen und für den Bundesvorstand kandidieren. Dieser will eine andere Kandidatin im Bundesvorstand sehen. Und statt einfach die Mitglieder auf dem nächsten Bundeskongress entscheiden zu lassen – wird Orhan Akman gefeuert!

Kolleginnen und Kollegen haben eine Petition „Demokratie ernst nehmen und stärken“ zur Unterstützung von Orhan Akman gestartet, denn: „Wie kaum ein anderer steht er für neue Ideen und Konzepte, um unsere Gewerkschaft progressiv weiterzuentwickeln. Uns hat es deshalb nicht überrascht, dass er seine Kandidatur zum Mitglied im ver.di-Bundesvorstand erklärt hat. Das ist nur folgerichtig.“ ■*RW*

Schluss mit ihrer „Zeitenwende“
Gemeinsam gegen die Angriffe von Regierung und Kapital!

Nicht nur frieren, sondern auch länger schuften?

Jetzt, wo man schon dabei ist, dem Volk klarzumachen, dass die Zeit der „Wohlfühloase“ vorbei ist, man etwas Kälte oder Hunger in Kauf nehmen muss für die „Freiheit Europas“, da kommen so einige auch aus der Deckung mit ihren Begehrlichkeiten. Pünktlich zum Beginn der Tarifverhandlungen der IG-Metall stärkt Sigmar Gabriel, ehemaliger SPD-Vorsitzender, den Kapitalisten dabei den Rücken. Er unterstützt den Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie in dessen Forderung nach einer 42-Stunden-Woche. Schließlich sei die Verkürzung der Arbeitszeit mit der damals steigenden Arbeitslosigkeit begründet worden, so Gabriel, heute sei die Situation anders. „Uns fehlen Menschen für die Arbeit“ (Süddeutsche Zeitung, 25. Juli 2022). Dass es den Arbeitern beim Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit vor allem auch darum geht, die Zeit zu begrenzen, die man für Kapital und Profit schuftet, interessiert ihn - inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender in der Stahlsparte von ThyssenKrupp - selbstverständlich wenig. Gesamtmetall-Chef Wolf fordert denn auch noch gleich die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 70. „Wir werden mehr und länger arbeiten müssen“ erklärt er (Süddeutsche Zeitung, 1. August 2022), das System sei sonst nicht mehr finanzierbar. Nun wird die Rentenkasse schon seit langem jährlich mit Milliarden aus dem Bundeshaushalt bezuschusst. Es geht darum, ob man die Steuergelder für die Renten der Arbeiter oder eben für noch mehr Subventionen für das Kapital, für Aufrüstung und Krieg ausgeben will.

Wie wäre es mit einer Arbeitspflicht?

Nicht irgendwer, sondern der Sozialdemokrat und Bundespräsident Steinmeier hat bereits im Juni eine soziale Pflichtzeit für junge Menschen nach dem Schulabschluss vorgeschlagen, abzuleisten bei der Bundeswehr oder in sozialen Einrichtungen wie Pflegeheimen. „Gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnimmt, kann eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein“, erklärte er der Bildzeitung (Tagesschau, 13. Juni 2022) Was daran für wen wertvoll sein soll, bleibt das Geheimnis von Steinmeier. Doch man kann es sich ausrechnen: Wo Krieg und Kriegsvorbereitung Milliarden verschlingen und es mehr Soldaten braucht, da ist verpflichtender, billiger Ersatz für fehlende Fachkräfte in sozialen Einrichtungen und Nachschub für die Bundeswehr gefragt. Wertvoll? Was Steinmeier da in die Debatte wirft, ist nichts anderes als eine Arbeitspflicht für eine bestimmte Zeit und wenig Geld, ein Außer-Kraft-Setzen der freien Lohnarbeit, einer Grundlage der bürgerlichen Demokratie. Abgesehen vom Wehrdienst gab es

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 6 ➡

Fortsetzung von Seite 5

Schluß mit ihrer „Zeitenwende“ Gemeinsam gegen die Angriffe von Regierung und Kapital!

dies zuletzt im Faschismus nicht nur für Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, die unter grässlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten, sondern vorher bereits in Form des Reichsarbeitsdienstes oder des Pflichtjahres für junge Frauen. Jeder sollte für die deutsche „Volksgemeinschaft“, für Kriegsvorbereitung und Krieg zur Verfügung stehen.

Auch wenn der Vorschlag Steinmeiers bei Scholz und anderen Sozialdemokraten auf wenig Gegenliebe gestoßen ist, wird er behandelt, als wäre es eine denkbare Möglichkeit, obwohl Zwangsarbeit sowohl im Grundgesetz wie auch in den europäischen Verträgen verboten ist. Kein Wunder, dass Merz (CDU) diese Steilvorlage nun aufgreift und auf dem kommenden Parteitag der CDU diskutieren will. Ihn habe es gefreut, dass der Bundespräsident sich in einer solchen Frage so klar positioniert habe.“ (ntv, 16. August 2022) Wir sollten nicht still abwarten, was noch alles gewendet werden soll in diesen Zeiten der Kriegsvorbereitung.

Vorfahrt für Rüstungsgüter

Vor einigen Tagen hat das Bundeskabinett beschlossen, dass Züge die Kohle oder Öl transportieren, bis vor kurzem von den Grünen noch verteufelt, Vorfahrt vor Personenzügen haben. Kraftwerke sollen schneller beliefert werden können. Bahnkunden könnten „durch Ausfall von Schienen-Personenverkehren betroffen sein“, heißt es in der entsprechenden Verordnung (Süddeutsche Zeitung, 25. August 2022). Doch andere Züge haben noch höhere Priorität: Güterzüge mit Kriegsgerät. In jede Ritze dieser Gesellschaft schleicht sich der Krieg.

„80 Jahre Zurückhaltung sind genug“

Das zumindest will der SPD-Vorsitzende Klingbeil den Sozialdemokraten klar machen, bei denen es doch noch einige gibt, die nicht so recht glücklich sind mit der wieder einmal plötzlichen Wende der SPD zur offenen Kriegspartei. Auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung erklärte er: „Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein Mittel der Politik zu sehen“ (Süddeutsche Zeitung, 22. Juni 2022). Nun geht es aber Herrn Klingbeil ganz offensichtlich nicht um den Kampf unterdrückter Völker gegen ihre Unterdrücker, sondern um etwas ganz anderes: „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben“, tönt er. „Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung habe es, ‘eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem‘“ (Süddeutsche Zeitung, 22. Juni 2022). Also Schluss mit der militärischen Zurückhaltung, nichts anderes bedeutet das. Denn in welchem Bereich sonst hätte sich dieser Staat der Siemens, BASF, BMW usw. denn zurückgehalten? Deren Waren sind in aller Herren Länder auf dem Markt, viele Konkurrenten sind längst ausgestochen. Rund um den Erdball schuften Arbeiter für deutsche Konzerne für billiges Geld und vermehren deren Kapital, das nach weiteren Anlagesphären drängt. In der EU ist Deutschland längst der mächtigste Staat. Die Ausdehnung des Einflusses dieser EU über Assoziierungsabkommen reicht von Nordafrika über den Nahen Osten bis an die Grenzen Russlands. Das geplante Assoziierungsabkommen mit der Ukraine war 2014 mit eine der Ursachen für den dann dort beginnenden Bürgerkrieg und die zunehmenden Spannungen mit Russland. Welche Zurückhaltung also? Es kann ja nur darum gehen, auch militärisch zuschlagen zu können.

Zweimal führte dieser deutsche Größenwahn zum Weltkrieg. Wenn schon solche Sozialdemokraten wie Klingbeil nichts aus der Geschichte lernen wollen, wir Gewerkschafter, auch die sozialdemokratischen, sollten es dringend tun.

Für Völkerfreundschaft – gemeinsam gegen Faschismus und Krieg! ■*gr*

Foto: Frank Sauter

Der Bürgermeister von Sassnitz, Frank Kracht, fordert neben sieben weiteren Bürgermeistern auf Rügen die Öffnung von Nord

Sanktionen als Bumerang

Der Wirtschaftskrieg gegen Russland schädigt die Werktätigen.

Sie steigt und steigt, die Inflation. Mit fatalen Folgen für die Werktätigen: „Die Löhne der Beschäftigten in Deutschland sind zwar im Frühjahr deutlich gestiegen, doch die Preise kletterten noch stärker. Unter dem Strich sanken die Reallöhne daher um mehr als vier Prozent.“[1] Ganz anders sieht die Situation auf Seiten der Kapitalisten aus. „Allein die 40 Dax-Konzerne kamen auf einen Gewinn vor Steuern und Zinsen von 52,4 Milliarden Euro, das waren gut 20 Prozent mehr als im starken Vorjahr“, stellt das *Handelsblatt* fest.[2] In dem Bericht heißt es weiter: Dank eines hohen Auftragsbestands und einer immer noch starken Nachfrage gelinge es den meisten Firmen, die höheren Preise mehr als nur weiterzureichen – und rasant steigende Gewinne einzustreichen.

AufDraht
Herausgeber:
DKP München & Gruppe KAZ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: auf.draht@gmx.de
https://dkp-muenchen.de • www.kaz-online.de
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Die Prognose für uns Werktätige ist düster: „In Summe ist in den Herbstmonaten sogar eine Inflationsrate von 10 Prozent möglich. Zweistellige Inflationsraten wurden in Deutschland das letzte Mal vor über 70 Jahren gemessen.“[3]

Gasumlage wird die Inflation in die Höhe treiben

Der nächste von uns zu bezahlende Inflationstreiber wird von der Bundesregierung schon geplant, die sogenannte Gasumlage, die (Stand heute) nicht nur von Insolvenz bedrohte Unternehmen erhalten soll. Denn: „Ein Unternehmen braucht eine gewisse Gewinnspanne, um weiter agieren zu können“, so lässt uns die Sprecherin des Wirtschaftsministeriums, Susanne Ungrad, wissen.[4] Das grün geführte Ministerium spricht eine einfache Wahrheit im Kapitalismus aus und betreibt Klassenkampf von oben: Alles für das Kapital und nur das zum Überleben Notwendige für die Werktätigen.

Gerne wird der von Russland am 24. Februar begonnene Krieg als Begründung benutzt. Doch die Gaspreise steigen schon längere Zeit an. So berichtet die von den österreichischen Sparkassen betriebene *Erste Asset Management* am 27. September 2021, also bereits vor einem Jahr, auf ihrer Webseite: „Die Gaspreise haben in der abgelaufenen Woche ihren rasanten Höhenflug fortgesetzt: Der EU-Erdgaspreis erreichte zu Wochenbeginn mit über 76 Euro zeitweise ein Rekordhoch. Angetrieben von den Gaspreisen legten auch die Strompreise weiter zu. Der Strompreis hat zuletzt erstmals die 100-Euro-Marke pro Megawattstunde überschritten. Zu Jahresbeginn lag der Preis noch bei 50 Euro. Geschürt wurden die jüngsten Gaspreisanstiege von einem Anstieg der Nachfrage, gepaart mit einer gleichzeitigen Verknappung des Angebots. (…) Zu den spärlich gefüllten Lagern kamen zuletzt noch andere Probleme auf der Angebotsseite. So gab es bei den wichtigen Gaslieferanten Norwegen und Russland einzelne Produktionsausfälle.“ Die französische Zeitung *Le Monde diplomatique* nennt am 11. November 2021 einen weiteren Grund für die gestiegenen Preise: „In diesem Herbst sind die Energiepreise steil angestiegen. Das liegt nicht nur an der anziehenden Konjunktur und der steigenden globalen Nachfrage. In den EU-Ländern bekommen die Konsumenten auch die Fol-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 7 ➡

Fortsetzung von Seite 7

Sanktionen als Bumerang

gen der Deregulierung zu spüren, die ihre Stromversorgung einem volatilen[5] Markt überlassen hat.“ So funktioniert das von Kapitalisten und ihren Handlangern in den Parlamenten organisierte und kontrollierte Wirtschaften. Alles für den Profit.

Rückblick

Die Lage auf dem internationalen Energiemarkt ist schon lange aus verschiedensten Gründen angespannt. Erinnert sei hier auch an die Auseinandersetzung im Jahre 2005 über die Durchleitung russischen Gases (Transgaz-Pipeline) durch die Ukraine nach Westeuropa. Mit dieser Pipeline wurde auch die Ukraine versorgt. Dabei profitierte insbesondere die ukrainische Metallindustrie durch Subventionierung von Seiten Russlands von deutlich niedrigeren Preisen als russische Mitbewerber. Im Gegenzug wurde der russische Markt von ukrainischen Produkten zu Dumpingpreisen beliefert und übervorteilte so die russischen Produzenten. „Dies ist eine schwere Last für das russische Budget (…) Die ukrainischen Konsumenten erhalten heute Gas für einen tieferen Preis, als russische Bürger in ihrem eigenen Land bezahlen müssen! Und wir haben noch immer 25 Millionen Bürger, die unter der Armutsgrenze leben“, so begründete seinerzeit Vladimir Putin eine Preiserhöhung.[6] Nicht zuletzt diese Auseinandersetzung und die damit verbundenen Unsicherheiten bei der Durchleitung nach Deutschland führte zum Bau von Nord Stream 2.

Keine Preisexplosion mit Nord Stream 2

9,5 Milliarden Euro soll der Bau von Nord Stream 2 gekostet haben.[7] Mittlerweile ist die Pipeline mit 330 Millionen Kubikmeter Gas im Wert von 500 Millionen Euro gefüllt. Dies würde für die Versorgung von 100.000 Einfamilienhäusern ausreichen.[8] Doch die rot-grün-gelbe Bundesregierung will „Russland ruinieren“, wie die wohlsituierte Annalena Baerbock (Papa war Personalvorstand beim US-amerikanischen Automobilzulieferer WABCO) ganz im Sinne interessierter Kapitalkreise in Richtung Kreml blökte. „Die größte ökonomische Dummheit der Regierenden besteht aber darin, überhaupt einen Wirtschaftskrieg gegen Russland zu entfesseln. Noch dazu mit Mitteln, die vorher erkennbar dem eigenen Land mindestens genauso schaden wie dem Zielobjekt der Bestrafung. Dummheit, ich weiß, ist wie (…) das Wort Scherz ein viel zu schwaches Wort. Das Wort Verbrechen ist eher angemessen, wenn Kurs auf Krieg genommen wird, ein Land ruiniert werden soll und die Not der eigenen Bevölkerung billigend in Kauf genommen wird“[9], kommentierte der Finanzjournalist Lucas Zeise. Mit dem verlogenen Verweis auf „russische Lieferausfälle“[10] sollen die Energiekonzerne die Preisdifferenz des günstigen und relativ umweltverträglichen russischen Erdgases zum teuren und extrem umweltschädlichen US-Frackinggas durch die Umlage erstattet bekommen. „Gäbe es keinen Wirtschaftskrieg gegen Russland und gäbe es die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2, gäbe es diese Preisdifferenz nicht, gäbe es keine Gaspreisexplosion, gäbe es keine Umlage und keine kalten Wohnungen im kommenden Winter“, so Manfred Sohn in *Unsere Zeit* vom 12. August 2022.

Und: Warum die Versorgung mit Energie dem kapitalistischen Marktgeschehen überlassen und nicht vergesellschaften?

■ *RW*

1 Tagesschau.de, 29. August 2022
2 Handelsblatt, Handelsblatt.com, 3. August 2022
3 Dr. Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Bundesbank.de, 20. August 2022
4 Münchner Merkur, merkur.de, 23. August 2022
5 volatil bedeutet schwankend, flatterhaft, unbeständig
6 kommersant.com (leider auf Grund der verhängten Restriktionen nicht mehr erreichbar.
7 Deutschlandfunk.de, 8. Dezember 2021
8 focus.de, 18. Mai 2022
9 Unsere Zeit, 26. August 2022
10 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. August 2022

Pressemitteilung
der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Presseerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei vom 28. Juli 2022 zu den Sanktionen gegen Russland:

„Weg mit den Sanktionen. Stoppt die Pläne für noch höhere Gaspreise durch eine Umlage, die nur den Konzernen nützt.

Die Bundesregierung plant eine zusätzliche Umlage auf die bereits horrend gestiegenen Preise. Damit sollen unter anderem die Milliarden, die der Konzern Uniper erhält, finanziert werden.

Dabei verdienen heute Konzerne an den gestiegenen Gaspreisen, indem sie Gas, das nach alten Verträgen günstig bezogen wird, teuer nach Polen weiterverkaufen und damit hier das Gas verknappen, um wiederum an der Preisschraube zu drehen.

Wie immer zahlen Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten die Zeche der Konzerne und ihrer Regierung. Robert Habeck, olivgrüner Wirtschaftsminister, wird zitiert: ‚Es wird Härten geben und die Härten werden getragen werden müssen.‘ Ehrlicher wäre gewesen, er hätte gesagt: ‚Ihr zahlt die Zeche für unsere Sanktions- und Kriegspolitik.‘

Die DKP sagt: Sanktionen stoppen keine Kriege, sie eskalieren – deswegen fordern wir ein Ende der Sanktionen. Wir fordern ein Einfrieren der Energiepreise auf dem Stand von Juni 2021, wir fordern die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 anstatt des Imports von umweltschädigendem Frackinggas.“

☐ ***Ich will die Auf Draht gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!***
☐ ***Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***
☐ ***Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***

Vorname und Name ***Tel.:***

Straße, Postleitzahl und Wohnort ***eMail:***

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München